



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Olympische Winterspiele: Sotschi zum Ort sportlicher Erfolge und demokratischer Signale machen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag ist stolz auf die aus dem Freistaat stammenden Sportlerinnen und Sportler, die bei den Olympischen Spielen in Sotschi um Medaillen und Höchstleistungen kämpfen. Wir wünschen unseren Athleten viel Erfolg und wunderbare Momente der sportlichen und persönlichen Begegnungen mit Menschen aus aller Welt. Mögen sich der Trainingsfleiß, die Anstrengungen und Entbehrungen der Sportler in Anerkennung und Ruhm verwandeln.

Wir wünschen uns friedliche Spiele, ein internationales Fest der Jugend, der Freude und der gegenseitigen Akzeptanz – beseelt vom olympischen Geist. Denn nicht Kommerz und Prunk, sondern Völkerverständigung, Fairness und Menschlichkeit sind der ursprüngliche Kern der olympischen Bewegung.

Mit großer Sorge beobachtet der Landtag zugleich die Menschenrechtssituation im Austragungsland Russland. Die demokratischen Grundrechte und die rechtsstaatlichen Prinzipien finden dort leider nur unzureichende Beachtung. Gerade die aggressive Diskriminierung Homosexueller ist unerträglich.

Der Landtag fordert das Olympische Komitee (IOC) und westliche Politiker auf, vor Ort in Sotschi die Chance zu nutzen, gegen eine Instrumentalisierung des Sports durch die Propaganda von Russlands Präsident Putin aufzutreten und stattdessen offensiv für Demokratie und Menschenrechte zu werben.

Begründung:

Russland stellt sich als weitgehend autokratisches politisches System dar. Präsident Putin hat nahezu unbeschränkte Machtbefugnisse und verhindert demokratische Reformen.

Die meisten Grundrechtsverletzungen, mit denen sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im vergangenen Jahr befasst hat, betrafen Russland. In 129 Fällen entschieden die Richter in Straßburg gegen Moskau, wie der offiziellen Statistik des Gerichtshofs zu entnehmen ist. Ende 2013 waren noch 16.800 Beschwerden anhängig.

Auch andere unabhängige Beobachter wie Amnesty International und Human Rights Watch haben wiederholt auf inakzeptable Entwicklungen hingewiesen. Dazu zählen ein höchst fragwürdiges Demokratie- und Rechtsverständnis, das der Opposition demokratische Teilhabe verweigert, die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie die Pressefreiheit einschränkt. Zudem werden die Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen behindert und Homosexuelle staatlich diskriminiert.